

2016

FZDW-KURZBERICHTE [NO. 6]



FORSCHUNGSZENTRUM  
DEMOGRAFISCHER  
WANDEL (FZDW)

**HERAUSFORDERUNGEN DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS  
FÜR DIE WOHLFAHRTSVERBÄNDE  
ANDREAS KLOCKE & SVEN STADTMÜLLER**

**Impressum**

Frankfurt University of Applied Sciences  
Forschungszentrum Demografischer Wandel (FZDW)  
Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt am Main

© FZDW, 2016

## **1 Einleitung**

Der demografische Wandel in Deutschland hat eine Vielzahl von Facetten und ebenso vielfältige Konsequenzen für die gesellschaftlichen Institutionen. Neben der gestiegenen Lebenserwartung ist die Schrumpfung und die wachsende Heterogenität der Bevölkerung das Kennzeichen des demografischen Wandels. Die Konsequenzen dieser einzelnen Entwicklungen sind für die gesellschaftlichen Subsysteme durchaus von unterschiedlicher Relevanz. So ist die Wirtschaft vorrangig um Nachwuchssicherung bemüht und hat die Schrumpfung, insbesondere in der jüngeren Generation, im Blick. Die Heterogenität der Bevölkerungs- und Sozialstruktur beschäftigt die Politik, die Integration und Interessenausgleich verfolgt. Die gestiegene Lebenserwartung und die Zunahme der älteren Menschen wiederum beschäftigt insbesondere die Wohlfahrtsverbände, die aber natürlich auch die Heterogenität der Sozialstruktur (Armut) im Blick haben (Evers/Heinze/Olk 2010; Bäcker et al 2010). Wohlfahrtsverbände haben in der Regel eine feste, berechenbare Klientel. Aber genau diese Gewissheit wird durch den demografischen Wandel in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten aufgezehrt. Diese Entwicklung soll in dem hier vorliegenden Beitrag betrachtet werden. Dazu konzentrieren wir uns exemplarisch auf eine Großregion, auf die Bundesländer Hessen und Thüringen im Vergleich. Das hat damit zu tun, dass der demografische Wandel nicht gleich verteilt in Deutschland zu beobachten ist. Im Gegenteil, es gibt gravierende soziodemografische Unterschiede zwischen wachsenden und schrumpfenden, stark alternden und stabilen sowie zwischen eher homogenen und stark heterogenen Regionen in Deutschland. Im ersten Teil des Beitrags werden Daten des Statistischen Bundesamts und der Statistischen Landesämter präsentiert, die aktuelle und künftige demografische Trends auf der Ebene Hessen/Thüringen skizzieren. Der Projektionszeitraum reicht bis zum Jahr 2030. Anschließend werden diese Trends aus sozialwissenschaftlicher Perspektive bewertet und soziale Veränderungen auf der Ebene eines zu erwartenden Generationenwandels erörtert.

## **2 Der demografische Wandel und demografische Entwicklungstrends**

Wird in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit über den demografischen Wandel diskutiert, so bilden die Ergebnisse der sogenannten „koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen“ des Statistischen Bundesamts die Grundlage dieser Debatten. Bevölkerungsvorausberechnungen werden in unregelmäßigen Abständen durchgeführt und zeigen an, wie sich die Bevölke-

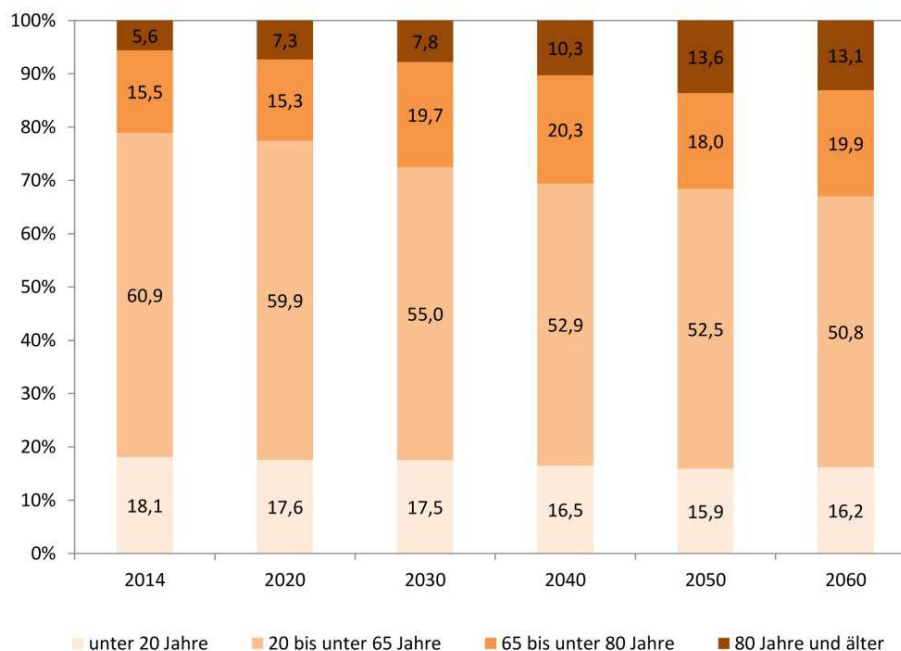
runگزahl und die Altersstruktur in Deutschland bis zu einem bestimmten Jahr entwickeln würden, wenn die getroffenen Annahmen eintreten. Aktuell liegt die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung von April 2015 vor, die erstmals auf den Ergebnissen des ZENSUS 2011 basiert und Aussagen über demografische Trends bis zum Jahr 2060 ermöglicht.

Hinter Bevölkerungsvorausberechnungen stehen mathematische Modelle, die wiederum auf bestimmten Annahmen fußen. Annahmen müssen dabei für jene Größen formuliert werden, die Einfluss auf die Bevölkerungszahl und die Altersstruktur einer Bevölkerung nehmen. Das ist, erstens, die Zahl an Geburten innerhalb eines Jahres in einem bestimmten Gebiet. Diese hängt einerseits von der sogenannten „Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter“, also von der Zahl potenzieller Mütter ab. Andererseits wird sie bestimmt durch das Geburtenverhalten dieser Frauen und demnach durch die Frage, wie viele Kinder diese im Verlaufe ihrer „gebärfähigen Phase“ tatsächlich bekommen. Zweitens ist die Zahl an Sterbefällen für die Entwicklung von Bevölkerungszahl und Altersstruktur maßgeblich. Sie wiederum hängt von der Lebenserwartung und von der Altersverteilung in dem interessierenden Gebiet ab. Drittens schließlich müssen Wanderungen berücksichtigt werden, und zwar sowohl Fortzüge (aus Deutschland ins Ausland) als auch Zuzüge (aus dem Ausland nach Deutschland). Trifft man nun zu diesen drei Größen bestimmte Annahmen und schreibt parallel dazu den bisherigen Bevölkerungsbestand fort (d. h. berücksichtigt man bspw., dass die heute 50-jährigen Menschen in zehn Jahren 60 Jahre alt sind), so gelangt man zu einer Vorausberechnung der Bevölkerungszahl und der Altersstruktur in einem bestimmten Gebiet. Etwas komplexer sind Bevölkerungsvorausberechnungen für kleinere Gebietseinheiten, bspw. für Bundesländer oder Landkreise, da hier hinsichtlich der Annahmen zu den Wanderungen nicht nur Zu- und Fortzüge über die Grenzen des Bundesgebiets, sondern auch Binnenwanderungen (z. B. von Hessen nach Sachsen oder vom Kreis Traunstein in den ILM-Kreis) berücksichtigt werden müssen. Diese differenzierteren Annahmen zu Wanderungen für Bundesländer, Kreise und kreisfreie Städte oder gar für kleinere Kommunen werden nicht vom Statistischen Bundesamt getroffen. Vielmehr führen die Statistischen Landesämter hierzu sogenannte „regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnungen“ durch.

## 2.1 Bundesweite Trends

Der demografische Wandel in Deutschland bedeutet vor allem zweierlei: Wir werden älter und wir werden weniger. Diese Trends können als gesichert gelten. Die Bevölkerung wird weiter altern, da die geburtenstarken Jahrgänge, die auch als die „Babyboomer“ bezeichnet werden, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in die Lebensphase Alter eintreten werden. Da es keine zweite Generation gibt, die quantitativ so stark besetzt ist, hat ihr kollektives Alter einen Anstieg des Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung zur Folge. Dies verdeutlicht Abbildung 1.

**Abbildung 1: Altersaufbau der bundesdeutschen Bevölkerung bis 2060**

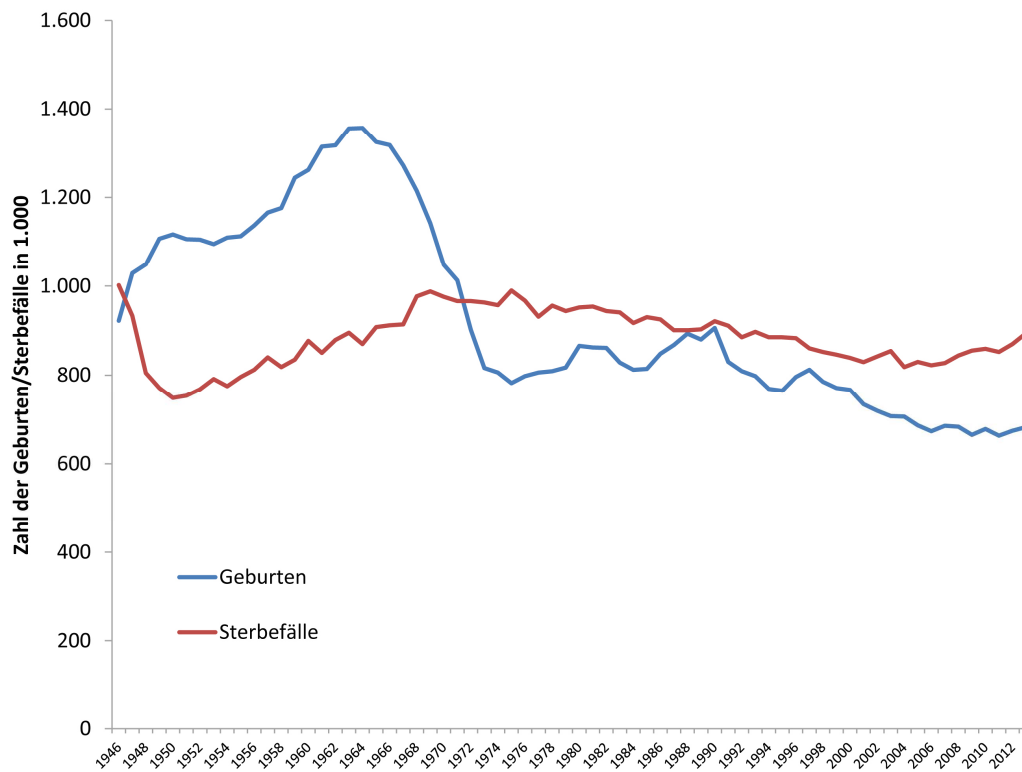


Quelle: Statistisches Bundesamt (2015): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden: Eigenverlag; eigene Berechnung und Darstellung. Variante: Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung.

Die Grafik stellt die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Altersgruppen dar. Im Jahr 2014 war danach knapp jeder fünfte Bundesbürger (18,1 Prozent) jünger als 20 Jahre. Umgekehrt gehörten 15,5 Prozent der Bevölkerung der Altersgruppe 65 bis unter 80 Jahre und weitere 5,6 Prozent der Bevölkerung der Altersgruppe 80 Jahre und älter an. Zusammengefasst war in 2014 somit etwa jede fünfte in Deutschland lebende Person 65 Jahre und älter (21,1 Prozent). In den kommenden Jahren wird dieser Anteil deutlich ansteigen: So wird in 2060 bereits jede dritte Person älter als 65 Jahre sein, wobei sich insbesondere der Anteil der über 80-Jährigen mehr als verdoppeln wird.

Auch der Schrumpfungsprozess der Bevölkerung ist faktisch unaufhaltsam. Begründet liegt er in einem stetig steigenden Geburtendefizit. Von einem solchen spricht man, wenn in einem Jahr mehr Menschen sterben als es Neugeborene gibt.

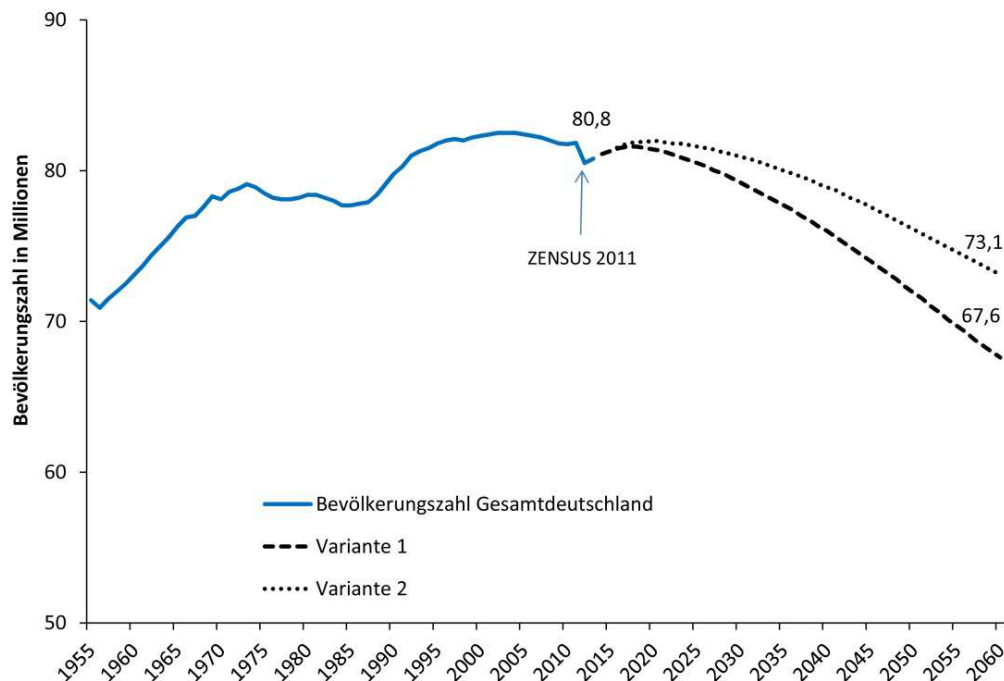
**Abbildung 2: Entwicklung der Zahl der Geburten und der Sterbefälle in Deutschland seit 1946**



Quelle: Statistisches Bundesamt. Online-Angebot: Lange Reihen; eigene Darstellung.

Erreichte die Geburtenzahl in den 1960er-Jahren noch Rekordniveau (Babyboomer), so übersteigt schon seit Beginn der 1970er-Jahre die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten. Dennoch wuchs die Bevölkerung weiter, da Zuwanderung dieses Geburtendefizit stets überkompensierte. Mittlerweile aber beläuft sich das Geburtendefizit auf mehr als 200.000 Menschen und wird aus zwei Gründen tendenziell zunehmen: Erstens, weil die Zahl der Geburten eher schrumpfen wird, da sich die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter reduziert. Zweitens, weil die Babyboomer in den nächsten Jahren und Jahrzehnten jene Altersjahrgänge besetzen, in denen die Sterbewahrscheinlichkeit vergleichsweise hoch ist. Dann wird es auch durch Zuwanderung nicht mehr gelingen, das Geburtendefizit zu kompensieren. Entsprechend rechnet das Statistische Bundesamt damit, dass sich die Bevölkerungszahl in Deutschland langfristig (bis 2060) – je nach Ausmaß der Zuwanderung – um 7 bis 13 Millionen Menschen reduzieren wird (siehe Abbildung 3).

**Abbildung 3: Entwicklung der Bevölkerungszahl in Deutschland**

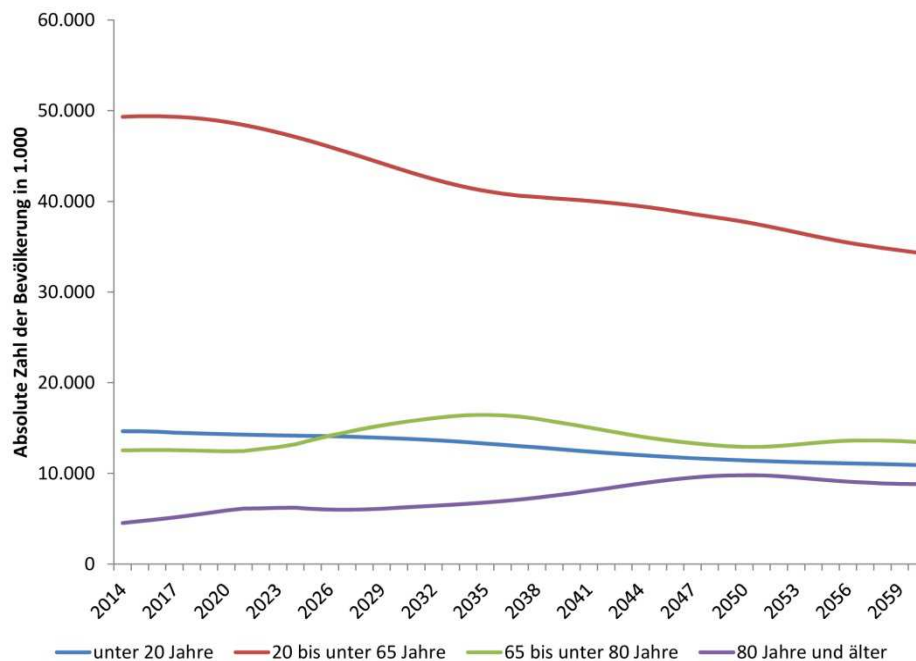


Quelle: Statistisches Bundesamt (2015): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden: Eigenverlag; eigene Berechnung und Darstellung.

Interessant ist in diesem Zusammenhang schließlich, dass nicht nur der Anteil sondern auch die absolute Zahl älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung zunehmen wird.

So wird sich die Zahl der jungen Bevölkerung (unter 20 Jahre) von derzeit 14,6 Millionen sukzessiv auf knapp 11 Millionen Menschen in 2060 reduzieren. Noch markanter fällt der Rückgang der Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahren aus. Die Zahl der Personen in dieser Altersgruppe wird sich um 15 Millionen verringern, was zu Problemen auf dem Arbeitsmarkt führen könnte, da diese Altersgruppe weitgehend dem Arbeitskräfteangebot entspricht. Ansteigen wird dagegen die Zahl der 65- bis unter 80-Jährigen: Beläuft sie sich derzeit auf rund 12,5 Millionen, so erreicht sie um das Jahr 2035 mit 16,5 Millionen Menschen ihren Höhepunkt. Zu diesem Zeitpunkt sind die geburtenstarken Jahrgänge komplett in diese Altersgruppen übergewechselt. Anschließend vollzieht sich der Übergang der Babyboomer-Generation in die Altersjahrgänge ab 80. Entsprechend wird sich in dieser Altersgruppe die stärkste Veränderung vollziehen: Leben gegenwärtig ca. 4,5 Millionen Menschen in Deutschland, die 80 Jahre und älter sind, so wird sich diese Zahl mehr als verdoppeln und zwischen den Jahren 2045 und 2055 nahe am Wert von zehn Millionen Menschen liegen.

**Abbildung 4: Entwicklung der Bevölkerungszahl in ausgewählten Altersgruppen**



Quelle: Statistisches Bundesamt (2015): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden: Eigenverlag; eigene Berechnung und Darstellung. Variante: Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung.

Die bislang berichteten Daten legen die Vermutung nahe, dass Alterung und Schrumpfung in verschiedenen Regionen Deutschlands weitgehend einheitlich verlaufen. Dem ist aber nicht so. Die demografischen Entwicklungstrends im Main-Taunus-Kreis fallen z. B. vollkommen anders aus als im Kreis Hersfeld-Rotenburg. Ziel der folgenden Passagen ist es daher, diese regionale Komponente am Beispiel der beiden Länder Hessen und Thüringen in den Fokus zu rücken. Hierzu wird zunächst der Blick auf die aktuelle Situation gerichtet: In welchem Verhältnis stehen Geburten und Sterbefälle in den Landkreisen und kreisfreien Städten? Ob und inwieweit profitieren die Regionen von Zuwanderung? Wie stellt sich ihre Altersstruktur dar? Anschließend wird betrachtet, wie sich Alterung und Schrumpfung in den interessierenden Gebieten zukünftig entwickeln.

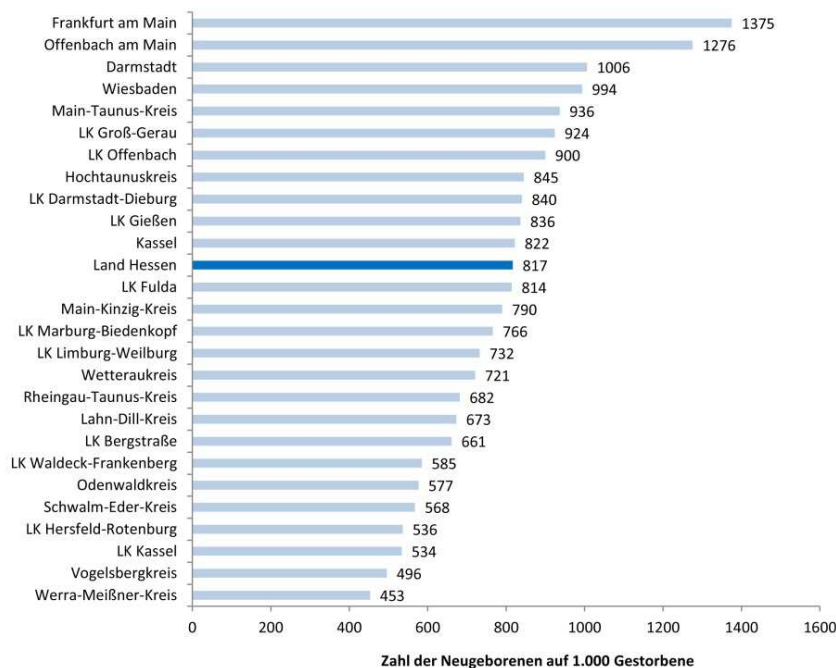


## 2.2 Aktuelle demografische Situation in Hessen und Thüringen

Wie bereits dargelegt sterben in Deutschland seit einigen Jahren mehr Menschen als Kinder geboren werden. Setzt man die Zahl der Geburten und die Zahl der Sterbefälle ins Verhältnis, so kamen im Jahr 2013 in Deutschland auf 1.000 Sterbefälle nur 763 Geburten.

In Hessen fiel das Geburtendefizit etwas geringer aus als auf Bundesebene: Dort kamen 2013 auf 1.000 Sterbefälle immerhin 817 Neugeborene. Wie Abbildung 5 jedoch zeigt, sind die Unterschiede innerhalb Hessens immens: Während bspw. in den Landkreisen Werra-Meißner, Vogelsberg, Kassel und Hersfeld-Rotenburg in etwa doppelt so viele Menschen starben wie geboren wurden, lag in den kreisfreien Städten Frankfurt und Offenbach ein deutlicher Geburtenüberschuss vor. Zudem zeigt sich in Darmstadt und Wiesbaden ein weitgehend ausgeglichenes Verhältnis von Geburten und Sterbefällen.

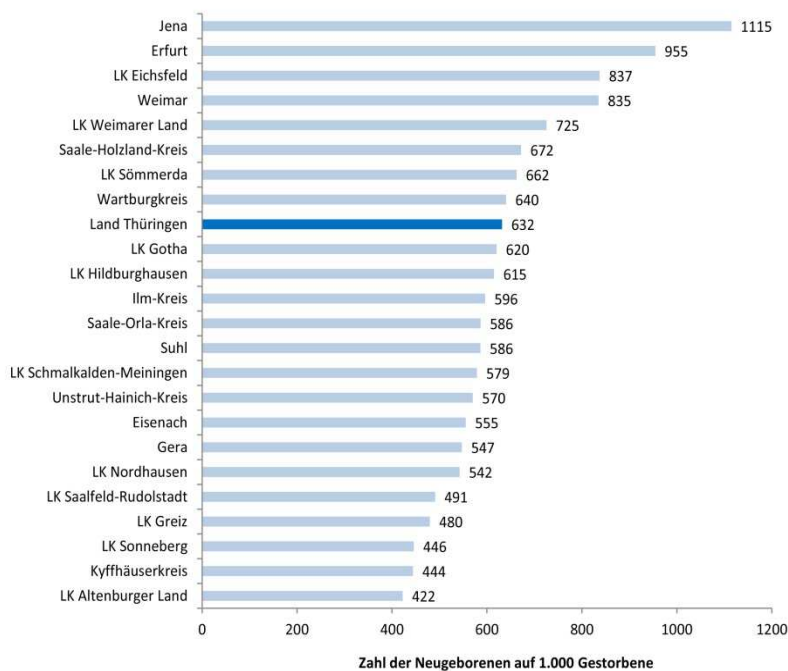
**Abbildung 5: Zahl der Geburten auf 1.000 Sterbefälle im Jahr 2013 (Hessen)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionaldatenbank Deutschland; eigene Darstellung und Berechnung.

In Thüringen fällt das Geburtendefizit hingegen stärker aus als im Bundesgebiet. Auf 1.000 Sterbefälle in 2013 kamen im Freistaat 631 Neugeborene. Doch auch hier verteilt sich diese Zahl sehr ungleich, wie Abbildung 6 zeigt:

**Abbildung 6: Zahl der Geburten auf 1.000 Sterbefälle im Jahr 2013 (Thüringen)**



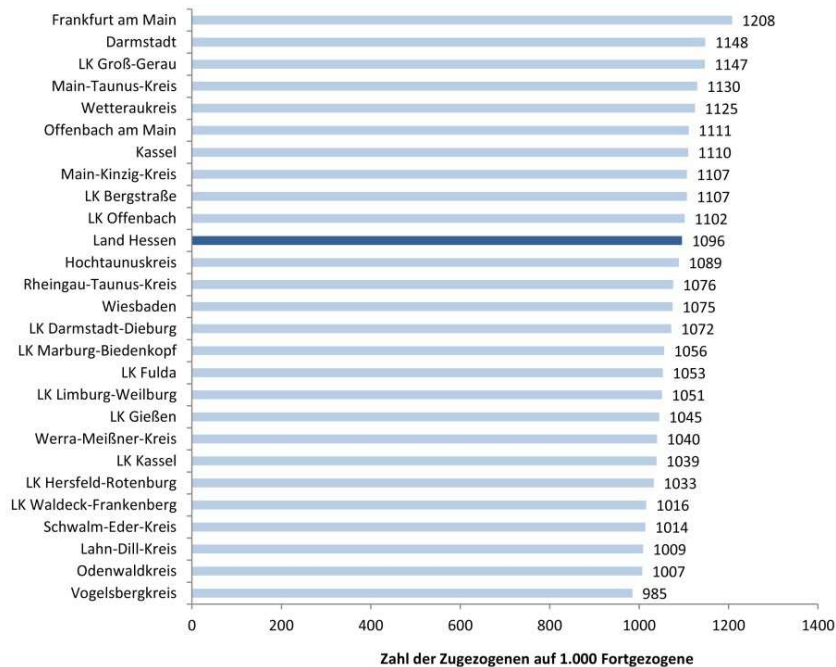
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionaldatenbank Deutschland; eigene Darstellung und Berechnung.

Lediglich in Jena (mit einem Geburtenüberschuss) und Erfurt (mit einem geringen Geburtendefizit) sind die Werte recht günstig. In insgesamt fünf Kreisen (Altenburger Land, Kyffhäuserkreis, Kreis Sonneberg, Landkreis Greiz sowie Landkreis Saalfeld-Rudolstadt) starben dagegen mehr als doppelt so viele Menschen wie es Neugeborene gab. Auch in den Städten Gera, Eisenach und Suhl bewegen sich die Werte zum Teil deutlich unter dem Landesmittel. Somit wird bereits aus diesen beiden Abbildungen ersichtlich, dass sich die demografischen Trends auch innerhalb eines Bundeslands zwischen einzelnen Regionen erheblich unterscheiden.

Auf der Basis der identischen Interpretationslogik soll im Folgenden das Verhältnis von Zu- und Fortgezogenen betrachtet werden. Da Deutschland im Jahr 2013 einen positiven Wanderungssaldo aufwies, bewegte sich auch die Maßzahl „Zahl der Zugezogenen auf 1.000 Fortgezogene“ mit 1.092 über dem Wert von 1.000, der eine ausgeglichene Bilanz von Zu- und Fortzügen signalisiert. Hessen profitierte dabei in ähnlichem Umfang von Zuwanderung wie das Bundesgebiet insgesamt. Doch auch hier fallen bei einem eingehenderen Blick regionale Unterschiede auf, die jedoch nicht so markant sind wie die hinsichtlich des Verhältnisses von Geburten und Sterbefällen. Dennoch gibt es Regionen, die nur unterdurchschnittlich an den

bundesweiten Wanderungsgewinnen partizipierten, während andere Regionen für Zuwanderer offenkundig weitaus attraktiver gewesen sind.

**Abbildung 7: Zahl der Zugezogenen auf 1.000 Fortgezogene im Jahr 2013 (Hessen)**

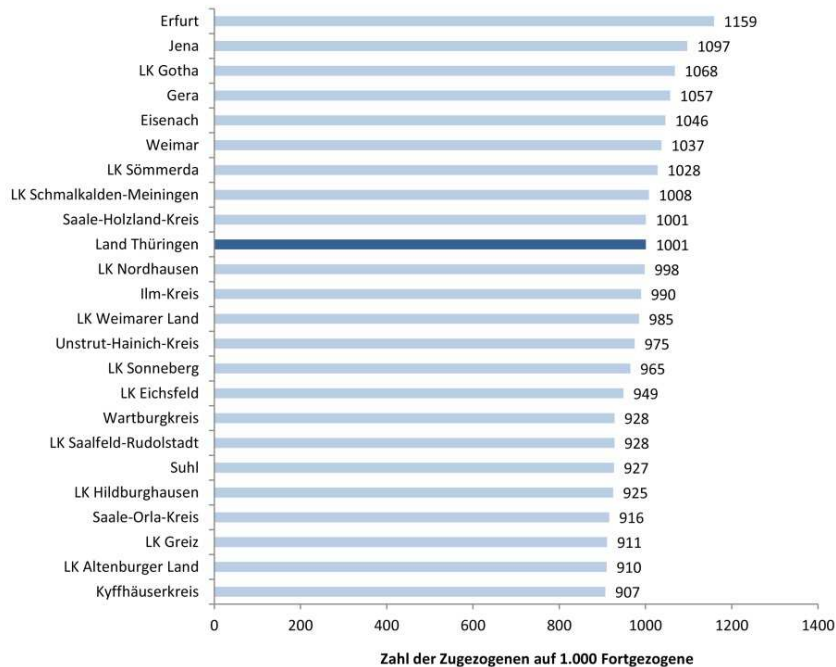


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionaldatenbank Deutschland; eigene Darstellung und Berechnung.

In Abbildung 7 finden sich weitgehend jene Regionen im oberen Segment wieder, die auch schon mit Blick auf das Verhältnis von Geburten zu Sterbefällen vergleichsweise positiv abschnitten. Besonders trifft dies auf die kreisfreien Städte Frankfurt und Darmstadt zu, während im unteren Bereich vorzugsweise Kreise aus Nord- und Mittelhessen zu finden sind. Somit scheint es Regionen zu geben, die demografisch gleich in doppelter Hinsicht günstig aufgestellt sind, weil sich sowohl ihre natürliche Bevölkerungsbilanz (Differenz aus Geburten und Sterbefällen) als auch ihre Wanderungsbilanz (Differenz aus Zu- und Fortgezogenen) vergleichsweise positiv gestaltet. Auf der anderen Seite gibt es jedoch Regionen, die nicht nur mit einem massiven Geburtendefizit zu kämpfen haben, sondern auch von den bundesdeutschen Wanderungsgewinnen nicht profitieren können oder sogar Abwanderung zu verzeichnen haben. Letzteres trifft insbesondere auf einige Regionen in Thüringen zu, konnte der Freistaat im Jahr 2013 ohnehin faktisch keine Wanderungsgewinne verbuchen. Jedoch profitieren, wie Abbildung 8 zeigt, mit Erfurt und Jena jene beiden Städte zusätzlich von Zuwanderung, die auch hinsichtlich der natürlichen Bevölkerungsbewegung am besten abschnitten. Hinge-

gen schneiden, wie schon in Abbildung 6, der Kreis Altenburger Land sowie der Kyffhäuserkreis ebenfalls in Bezug auf die Wanderungsbilanz schlechter ab.

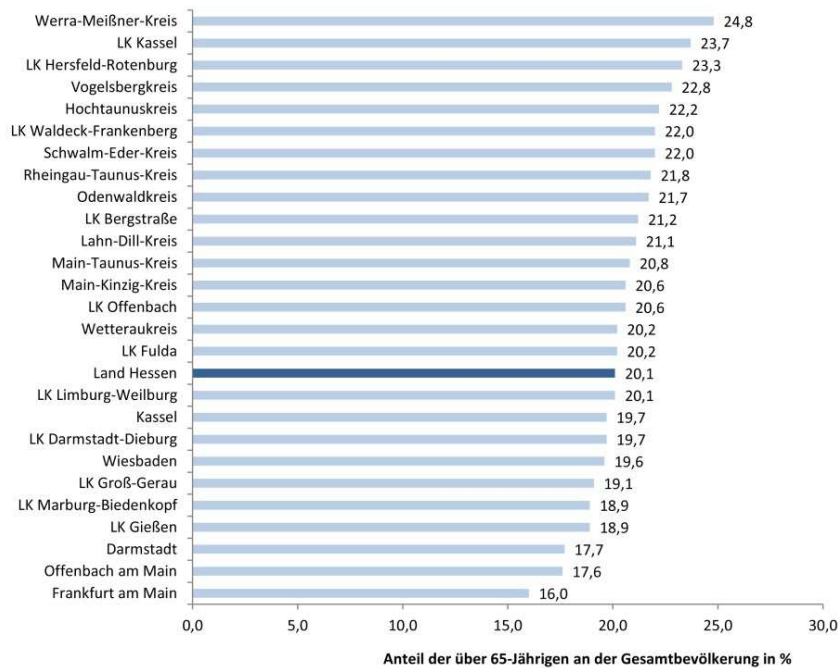
**Abbildung 8: Zahl der Zugezogenen auf 1.000 Fortgezogene im Jahr 2013 (Thüringen)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionaldatenbank Deutschland; eigene Darstellung und Berechnung.

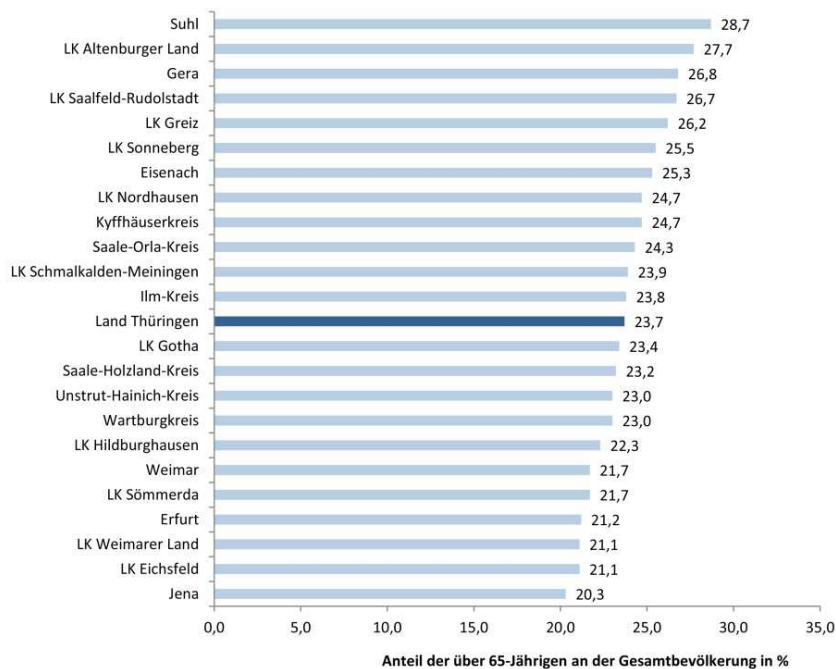
Die Darlegung der aktuellen demografischen Situation in Hessen und Thüringen beschließt ein Blick auf die Anteile der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im jeweiligen Kreis oder der kreisfreien Stadt.

**Abbildung 9: Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2013 (Hessen)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionaldatenbank Deutschland; eigene Darstellung und Berechnung.

**Abbildung 10: Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2013 (Thüringen)**



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionaldatenbank Deutschland; eigene Darstellung und Berechnung.

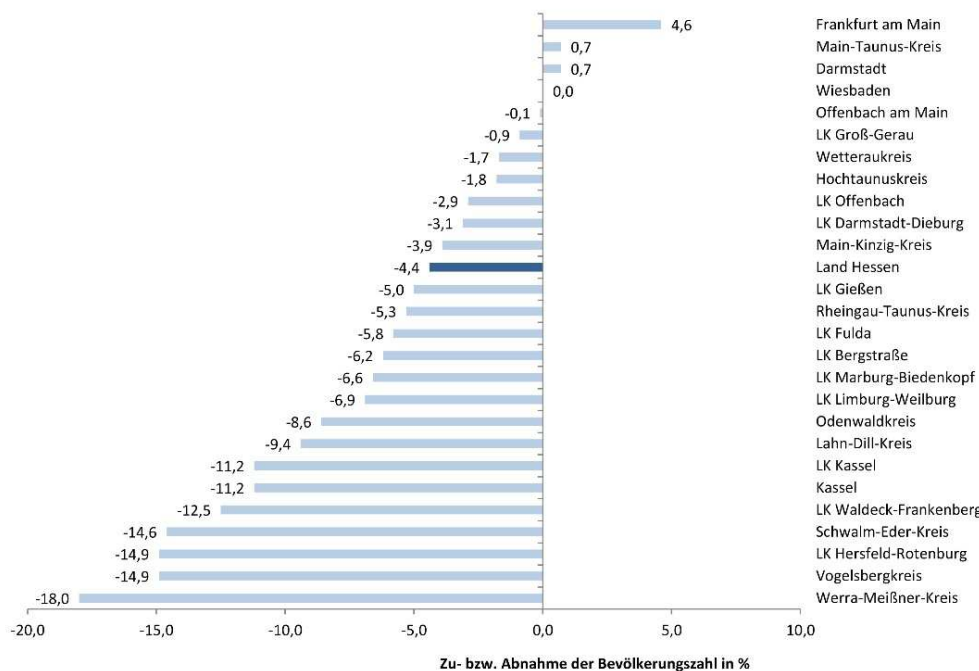
Zum Jahresende 2013 war rund jede fünfte Person in Deutschland (20,8 Prozent) älter als 65 Jahre. Hessen unterscheidet sich in dieser Hinsicht kaum vom gesamten Bundesgebiet, belief sich dort der entsprechende Wert auf 20,1 Prozent. Vergleichsweise gering fallen die Anteile der über 65-Jährigen in den kreisfreien Städten Frankfurt, Offenbach und Darmstadt aus. Hingegen ist der Alterungsprozess in den nordhessischen Landkreisen Hersfeld-Rotenburg und Kassel schon recht weit fortgeschritten. Im Werra-Meißner-Kreis ist sogar nahezu jeder vierte Bewohner älter als 65 Jahre.

In Thüringen machen ältere Menschen hingegen einen größeren Anteil an der Bevölkerung aus als in Hessen. Im Freistaat beläuft sich der Anteil der über 65-Jährigen auf 23,7 Prozent. Vergleichsweise wenig ältere Menschen leben dabei in den Städten Jena und Erfurt, aber auch in den Landkreisen Eichsfeld und Weimarer Land. Am anderen Ende finden sich der Landkreis Altenburger Land (mit 27,7 Prozent) sowie die Stadt Suhl wieder: Dort sind knapp 29 Prozent der Bevölkerung älter als 65 Jahre.

## 2.3 Demografische Trends in Hessen und Thüringen

Wie entwickeln sich nun Bevölkerungszahl und Altersstruktur in den betrachteten Regionen? Blickt man zunächst auf die Entwicklung der Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2030, so liegen sowohl Hessen als auch Thüringen im Bundestrend. Während die hessische Bevölkerung jedoch „nur“ um etwas mehr als 4 Prozent schrumpft, verringert sich die Einwohnerzahl im Freistaat um 18 Prozent. Doch auch hier gilt: Diese Werte verdecken die immense Heterogenität der Entwicklung innerhalb des jeweiligen Landes. In Hessen deutet sich bspw. für die Stadt Frankfurt am Main ein weiteres Bevölkerungswachstum von knapp 5 Prozent an. Auch die übrigen kreisfreien Städte in Südhessen sowie die dortigen Landkreise weisen eine vergleichsweise stabile Entwicklung auf.

**Abbildung 11: Entwicklung der Bevölkerungszahl bis 2030 (Hessen)**

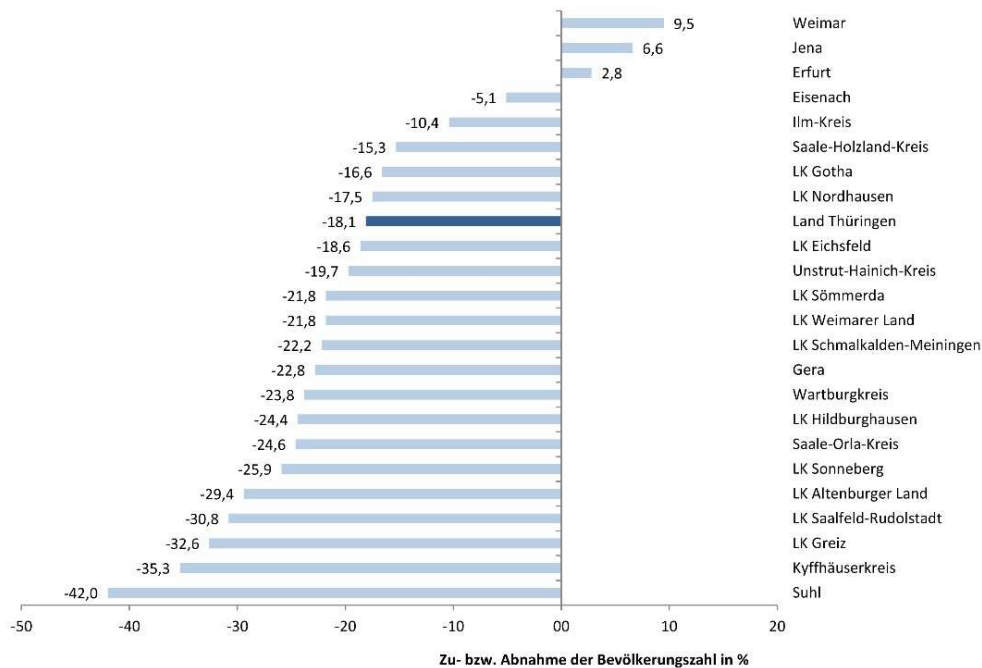


Quelle: Statistisches Landesamt Hessen. Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030. Eigene Berechnung und Darstellung.

Nord- sowie Teile Mittelhessens sind dagegen eindeutig von Schrumpfung geprägt. Diese Regionen werden bis zum Jahr 2030 mindestens jeden zehnten Einwohner verlieren. Dem Werra-Meißner-Kreis schwindet sogar annähernd ein Fünftel seiner Bevölkerung. Zum Vergleich: In Thüringen läge der Kreis mit einem solchen Wert recht genau im Landesmittel, fällt doch dort der Bevölkerungsrückgang weitaus erheblicher aus. So geht in weiten Teilen Thüringens die Bevölkerungszahl um ein Fünftel bis ein Viertel zurück. Der Landkreis Greiz sowie der Kyffhäuserkreis werden sogar rund jeden dritten Einwohner verlieren. Ganz am Ende

findet sich die Stadt Suhl, für die ein Bevölkerungsrückgang von 42 Prozent erwartet wird. Dies entspricht einem Rückgang von knapp 40.000 (Basisjahr 2009) auf nur noch rund 23.000 Menschen.

**Abbildung 12: Entwicklung der Bevölkerungszahl bis 2030 (Thüringen)**

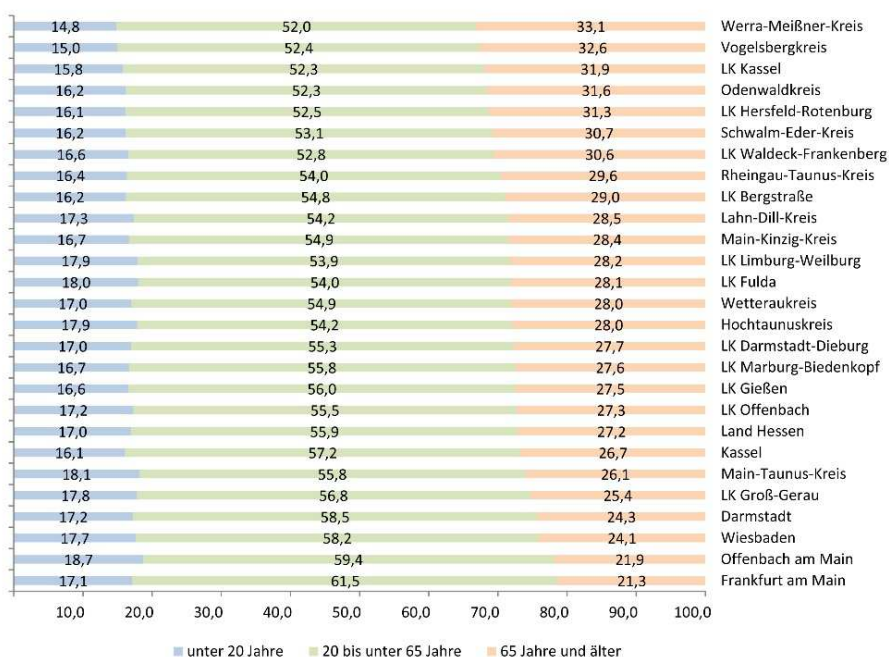


Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik. Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030. Eigene Berechnung und Darstellung.

Wie sich die Altersstruktur in den Kreisen und kreisfreien Städten in Hessen und Thüringen im Jahr 2030 gestalten wird, ist in den Abbildungen 13 und 14 zu ersehen. In Hessen zeichnet sich einmal mehr ab, dass die kreisfreien Städte Frankfurt, Offenbach und Darmstadt sowie die Stadt Wiesbaden und die südhessischen Kreise Groß-Gerau und Main-Taunus auch in der mittleren Frist eine vergleichsweise junge Altersstruktur aufweisen werden. Etwa ein Fünftel bis ein Viertel der dortigen Bevölkerung wird im Jahr 2030 65 Jahre und älter sein. Im Werra-Meißner-Kreis, im Vogelsbergkreis sowie im Landkreis Kassel belaufen sich diese Anteile jedoch auf rund ein Drittel der Bevölkerung.

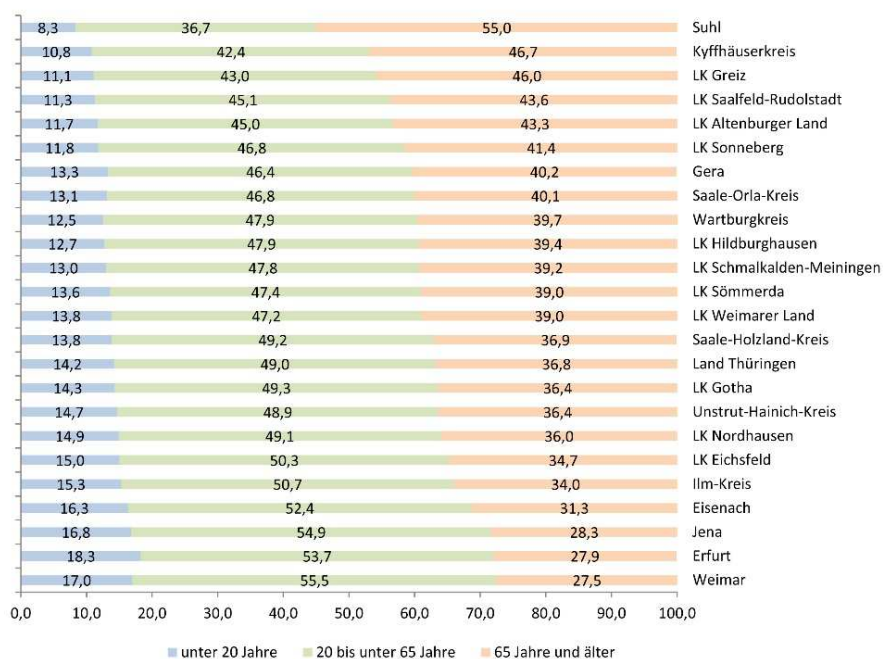


**Abbildung 13: Altersaufbau der Bevölkerung in den Regionen Hessens in 2030**



Quelle: Statistisches Landesamt Hessen. Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030. Eigene Berechnung und Darstellung.

**Abbildung 14: Altersaufbau der Bevölkerung in den Regionen Thüringens in 2030**

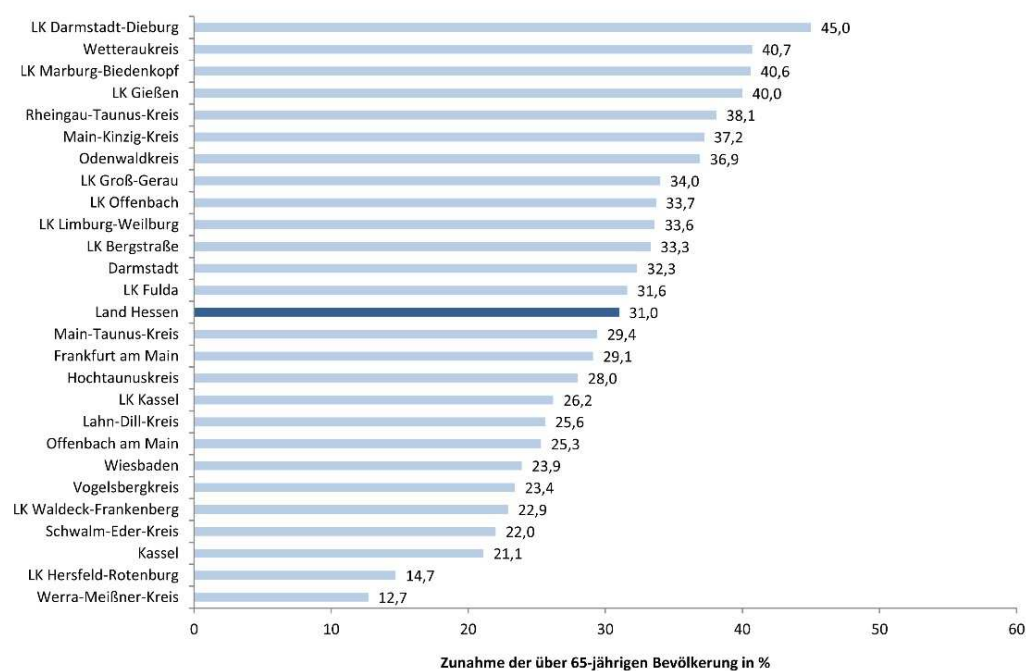


Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik. Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030. Eigene Berechnung und Darstellung.

Der Freistaat Thüringen wird hingegen nicht nur weitaus stärker schrumpfen als sein Nachbarland Hessen, auch wird der Alterungsprozess der Bevölkerung markanter verlaufen. In den meisten Regionen wird mindestens jede dritte Person 65 Jahre und älter sein, während sich der Anteil der jungen Bevölkerung (unter 20 Jahre) zumeist nur zwischen 11 und 15 Prozent bewegt. Zeigte sich für den Kyffhäuserkreis und für die Stadt Suhl bereits eine massive Schrumpfung der Bevölkerung, so fallen dort auch die Vorausberechnungen für den Alterungsprozess sehr ungünstig aus. Für die Stadt Suhl wird bspw. erwartet, dass in 2030 mehr als jeder zweite Einwohner 65 Jahre oder älter sein wird. Weniger als jeder zehnte Stadtbevohner wird hingegen zur Altersgruppe der unter 20-Jährigen zählen.

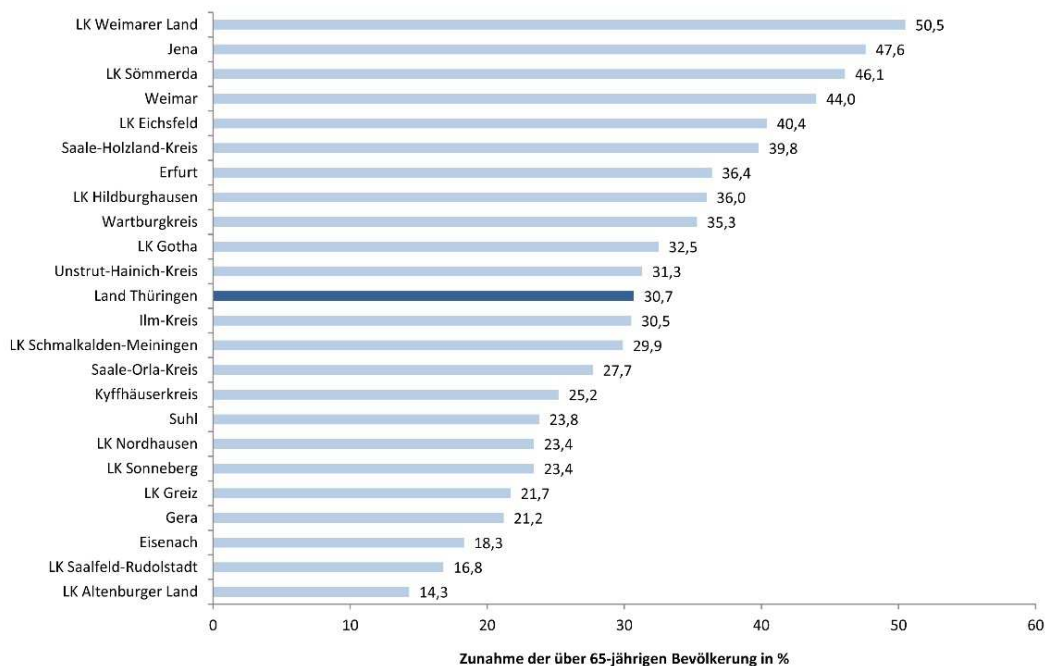
Auch wenn die Bevölkerungszahl in nahezu allen betrachteten Regionen zum Teil sogar beträchtlich schrumpft: Die Zahl der über 65-jährigen Menschen wird sich überall erhöhen.

**Abbildung 15: Zunahme der über 65-jährigen Bevölkerung bis 2030 in den Regionen Hessens**



Quelle: Statistisches Landesamt Hessen. Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030. Eigene Berechnung und Darstellung.

**Abbildung 16: Zunahme der über 65-jährigen Bevölkerung bis 2030 in den Regionen Thüringens**



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik. Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030.  
Eigene Berechnung und Darstellung.

In den Schrumpfungsregionen Hessens (z. B. in nordhessischen Kreisen Werra-Meißner und Hersfeld-Rotenburg) beläuft sich dieser Anstieg zwar nur auf 13 bzw. 15 Prozent, da dort die Alterung der Bevölkerung schon recht weit fortgeschritten ist. Dennoch bedeutet dies, dass auch in jenen Regionen, die perspektivisch mit einem beträchtlichen Bevölkerungsverlust konfrontiert sein werden, diese Altersgruppe wächst.

In Hessen wie in Thüringen beläuft sich der Zuwachs dieser Altersgruppe auf rund 31 Prozent. Für Hessen bedeutet dies, dass im Jahr 2030 mit 1,58 Millionen zirka 380.000 mehr Menschen im Alter von mindestens 65 Jahren leben werden. Für Thüringen wird erwartet, dass im Jahr 2030 mit 678.000 Menschen rund 159.000 mehr ältere Menschen den Freistaat bevölkern.

### **3 Sozialwissenschaftliche Reflexion der demografischen und sozialen Trends**

Fasst man die zuvor dargestellten Resultate zusammen, so ist insbesondere die Zunahme der Altersgruppe 65+ in beiden Bundesländern von besonderer Bedeutung. Welcher Hilfebedarf sich daraus ableiten lässt, ist schwer zu prognostizieren. Können wir auf Basis der Bevölkerungsvorausrechnungen ein relativ belastbares Bild der zukünftigen Entwicklung zeichnen, so sind darüber hinausgehende Prognosen zwangsläufig mit einer Ungewissheit verknüpft. So können wohl heutige Anteile von Menschen mit sozialem Unterstützungsbedarf (chronisch kranke Menschen, sozial schwache Menschen) ermittelt und in die Zukunft interpoliert werden, aber sobald der Blick geöffnet wird für den notwendigerweise stattfindenden sozialen Wandel in einer Gesellschaft, werden diese Projektionen sehr riskant. Jahrzehntelang stieg beispielsweise die Quote der Raucher von Jahr zu Jahr an, heute fällt die Quote kontinuierlich. Lineare Prognosen hätten hier unweigerlich falsch gelegen. Wir müssen erkennen, dass jede Generation ihre eigene Geschichte, Werte und Alltagskultur hat, und diese mit ins Alter nimmt. Und dies gilt auch für das Gesundheitsbewusstsein oder den Anspruch, auch im Alter politisch und kulturell aktiv zu sein. Kurz: Die älteren Menschen der Zukunft werden anders sein als die heutige Rentnergeneration.

Die heutige Generation 70+ hat ihre wesentliche Sozialisation noch während oder unmittelbar nach dem Faschismus bzw. in der Adenauer-Ära gemacht und ist weitgehend durch sehr traditionelle Werte charakterisiert. Die heutigen jungen Alten (im Alter von 60-70) entstammen schon der „68er-Generation“, die nachhaltig durch die Protestbewegungen der jungen Bundesrepublik (Frauenbewegung und Studentenproteste sowie die spätere Ökologiebewegung) sozialisiert wurde. Die Alten der Zukunft (ab ca. 2030) wird die Generation X sein, die nach den Wirtschaftskrisen Mitte der 1970er in den zwei Jahrzehnten 1980 und 1990 erstmals soziale und materielle Unsicherheit („no-future“) erfahren hat. Wichtig bei diesen feuilletonistischen Bildern ist: Sie charakterisieren nicht eine ganze Generation, sondern nur jeweils einen kleinen Teil. Die Mehrheit einer jeden Generation lebt von jeher vglsw. konventionell. Daher ist es unabdingbar einen differenzierten Blick auf die Alterskohorte zu werfen und Subgruppen (Milieus oder Lebensstilgruppen) zu unterscheiden, die in wenigen Jahren in der Gruppe der älteren Menschen anzutreffen sein werden. Dabei interessiert sowohl deren jeweilige milieuspezifische Alltagskultur und –ästhetik als auch deren quantitative Besetzung und regionale Verteilung.

Bevor wir hierauf zurückkommen, soll die Alterskohorte der zukünftigen Alten soziodemografisch beschrieben werden. Die zukünftigen Alten speisen sich - wie ausgeführt - zentral aus der Generation der Babyboomer bzw. der Generation X. Die Generation der Babyboomer umfasst in etwa die Geburtskohorten 1960 - 1970. Die Generation der Babyboomer wird, unterstellen wir einen Anstieg des realen Renteneintrittalters auf ca. 65 Jahre, zwischen 2025 und 2035 in den Ruhestand gehen. In diesem Zeitraum (2025-35) wird dann ein zahlenmäßig starker Zustrom in die Lebensphase "junges Alter" zu verzeichnen sein.

Zugleich ist diese zukünftige Generation der älteren Menschen voraussichtlich durch eine sehr starke soziale Ungleichheit der Lebenslagen gekennzeichnet. Denn die Generation der Babyboomer ist auf der einen Seite eine Generation der Erben und auf der anderen Seite eine „verlorene Generation“, eben die Generation X. Sie profitiert einerseits von der Aufbauarbeit nach dem II. Weltkrieg, sie erbt in erheblichem Umfang Immobilien und Wertanlagen. Aber nicht alle erhalten Vermögen vererbt, die Erbschaften sind extrem ungleich verteilt. Die gehobene Mittelschicht kann Erbschaften an die eigenen Mittelschichtskinder weitergeben, die Unterschichtserben müssen demgegenüber Schulden ausschlagen. Hinzu kommt eine wachsende Milieugebundenheit des Heiratsverhaltens, die die Erbschaften und Vermögen weiter konzentriert: Es heiraten zunehmend wohlhabende (Erben) und weniger wohlhabende („Nicht-Erben“) Schichten untereinander und eben nicht schichtübergreifend. Kurz: Es erben nicht alle und Erbschaften finden nicht gleich verteilt statt. Diese Tatsache führt aktuell zu einer wachsenden Ungleichheit in der Vermögensverteilung und ist die eigentliche Ursache der häufig zitierten „Scherenentwicklung“ zwischen Arm und Reich in der heutigen Gesellschaft. Diese Scherenentwicklung ist damit auch perspektivisch für die ungleichen Lebenschancen der Babyboomer im Alter verantwortlich. Aktuell leben ca. 13% der Bevölkerung in Armut, bei den über 65-jährigen liegt die Quote (noch) etwas geringer bei 11,5% (Statistischen Bundesamt 2013). Aufgrund unsteter Berufsbiografien der Generation X wird aber der Anteil armer Menschen im Alter deutlich zunehmen. Armut auf der einen Seite (unstete Berufsbiografien) und Wohlstand (Erbschaften) auf der anderen Seite gleichen sich nur selten aus, eher ist eine Kumulation vorteilhafter und nachteiliger Lebensumstände zu erwarten. Dies ist die eigentliche Herausforderung der Zukunft: Die soziale Ungleichheit über den Lebenslauf kumuliert Lebenschancen und determiniert die Gesundheit, die Lebenserwartung und die Teilhabe an der Gesellschaft im Alter.

Einerseits werden viele künftige Alte mit einer vergleichsweise geringen Rente auskommen müssen und sie werden eher zurückgezogen und bescheiden leben. Aus den Innenstadtbezirken und beliebten Wohnlagen werden sie zunehmend verdrängt (Gentrification) und ihres angestammten Viertels und der gewohnten Alltagsroutinen beraubt. Gerade Stadt- und Wohnungswechsel im Alter sind schmerzhaft und mögen die bestehenden Muster sozialer Ungleichheit im Alter um die Komponente einer sozialen Segregation vertiefen. Hier können sich zukünftig Probleme massiv verstärken. Gehen wir davon aus, dass die Altersarmut ansteigen wird, genau berechnen oder schätzen lässt sich dieser Anstieg nicht, dann kann folgende Überlegung angestellt werden: Heute sind ältere Menschen (noch) unterproportional von Armut betroffen. Wir hatten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nie eine so wohlhabende Rentnergeneration wie heute. Aktuell trägt die Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen das größte Armutsrisiko. Folgen wir der Annahme, dass aufgrund der unsteilen Berufsbiografien in der Generation X die Altersarmut mittelfristig auf das Durchschnittsniveau oder darüber ansteigt, so können wir zukünftig eine Armutsquote von 15 oder gar 20% in der Altersgruppe 65+ annehmen. Da die Generation der Babyboomer quantitativ sehr stark besetzt ist, kann ein absoluter (!) Anstieg armer älterer Menschen bei gleichzeitiger Bevölkerungsschrumpfung erwartet werden. Da weiterhin eine starke soziale Ungleichheit in dieser Generation vorliegt, laufen die Alltagsleben innerhalb dieser Generation immer weiter auseinander. Die Armutslücke, der Abstand der armen Population zum Durchschnitt, wächst, so ist anzunehmen, sehr deutlich. Mit Bezug auf die demografischen Entwicklungsdaten in Hessen und Thüringen (vgl. oben) kann eine vorsichtige Schätzung wie folgt vorgenommen werden:

i) In Hessen ist ein Anstieg von aktuell 1,2 Millionen Menschen auf 1,58 Millionen Menschen im Alter 65+ im Jahre 2030 prognostiziert. Aktuell leben 11,5 % der älteren Menschen in Hessen in Armut, dies entspricht ca. 138.000 Menschen. Verlängern wir diese Quote in die Zukunft, so wird die absolute Zahl der armen Menschen aufgrund des Bevölkerungszuwachses in der Altersgruppe 65+ auf ca. 181.000 Menschen ansteigen. Setzen wir einen moderaten Anstieg der Armutsquote auf 15% im Jahre 2030 an, so entspricht dies immerhin einer absoluten Zahl von 237.000, und damit einem Anstieg der Armutsgefährdungslage auf 179%. Setzen wir eine Armutsquote von 20% an, so ergibt sich eine absolute Zahl von 316.000 älteren armen Menschen in Hessen im Jahre 2030, dies entspricht einem Anstieg auf 239%. Trotz Schrumpfung der Gesamtbevölkerung nimmt die Gruppe der armen und bedürftigen Menschen im Alter signifikant zu.

ii) In Thüringen ist ein Anstieg von aktuell 519.000 auf 678.000 Menschen im Alter 65+ im Jahre 2030 prognostiziert. Gegenwärtig leben nur 10,7 % der Altersgruppe 60-70 Jahre und 8,4% der Altersgruppe 71+ in Thüringen in Armut. Diese vglsw. geringen Armutsquoten hängen wesentlich mit der höheren Berufsbeteiligung der Frauen sowie der geringeren Spreizung der Einkommensverteilung und damit der besseren Rentenansprüche der Menschen aus der ehemaligen DDR zusammen. Aktuell führt dies zu einer Armutszahl von ca. 52.000 Menschen. Verlängern wir diese Armutsquoten ebenfalls in die Zukunft, so wird die Zahl der absolut armen Menschen aufgrund des Bevölkerungszuwachses in der Altersgruppe 65+ auf ca. 68.000 Menschen ansteigen. Setzen wir wiederum einen Anstieg der Armutsquote auf 15% im Jahre 2030 an, so entspricht dies einer absoluten Zahl von 101.000, und damit einem Anstieg der Armutsgefährdungslage auf 194%. Beziehen wir uns auf eine Armutsquote von 20%, so ergibt sich eine absolute Zahl von 135.000 älteren armen Menschen in Thüringen im Jahre 2030, ein Anstieg auf 264%. Trotz Schrumpfung der Bevölkerung nimmt auch in Thüringen die Gruppe der armen und bedürftigen Menschen im Alter signifikant zu, wobei die absoluten Zahlen die wichtigsten Indikatoren und Orientierungspunkte dieser Entwicklung darstellen.

Andererseits wird es eine sehr große Gruppe Älterer geben, die sehr gut gebildet ist, eine Folge der Bildungsexpansion der 60er und 70er Jahre in Westdeutschland, und die oft bis ins hohe Alter fit und gesund sein wird, denn auch das Gesundheitsverhalten hat sich im Vergleich zur Generation des Wiederaufbaus nach dem II. Weltkrieg (beispielhaft kann die sogenannte "Fresswelle" der 1950er Jahre herangezogen werden) deutlich verbessert. Hier dürfen wir auf Ältere zählen, die aktiv im Leben stehen. Dies soll abschließend mit dem Begriff des Lebensstils erläutert werden. Lebensstile bezeichnen eine Bündelung von Geschmäckern, Freizeitvorlieben, Alltagsroutinen und Wertorientierungen (bekannt sind die Sinus-Milieus<sup>1</sup>) und ändern sich allenfalls geringfügig im Lebensverlauf (Anpassung an altersspezifische Restriktionen) (Stadtmüller et al. 2013). Die Generation der Babyboomer ist die erste Generation in der Bundesrepublik, die (in den 1980er Jahren) Lebensstile ausgebildet hat. Diese Generation tritt nun um das Jahr 2030 „kollektiv“ in den Ruhestand und sorgt für eine neue und sehr viel differenziertere Lebensstilstruktur des Alters. Nicht nur „kleinbürgerliche“ oder „konservativ-gehobene“, sondern auch „hedonistische“ und „avantgardistische“ Lebensstile werden wir im Alter antreffen. So wird voraussichtlich zukünftig im Alter nicht "konserva-

---

<sup>1</sup> Siehe: <http://www.sinus-institut.de/loesungen/sinus-milieus.html> (27.7.2015).

tiv", sondern eher "grün" gewählt werden (Stadtmüller 2014). Dies unterstreicht noch einmal: Die Älteren der Zukunft werden andere Alte sein als die heutige Rentnergeneration. Sie werden in der Mehrzahl sehr viel aktiver an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben und sich nicht auf den Freizeitbereich begrenzen (lassen). Sie werden sich einmischen, in der Politik (Parteien, Stiftungen, Interessengruppen, Initiativen) und in der Kultur (Kino, Theater, Konzerte, Bars, Stadtbild) und häufig als aktive Gestalter und „Taktgeber“ der Gesellschaft auftreten.

Diese Auseinanderentwicklung der Alltagsleben koppelt die Gruppe der sozial schwachen Menschen umso deutlicher vom gesellschaftlichen Status Quo ab. Staatliche Maßnahmen können dieser Entwicklung kaum Einhalt gebieten, da sie nicht unmittelbar politisch beeinflussbar sind (bspw. die intergenerationelle Weitergabe von kulturellen Kompetenzen und sozioökonomischen Lebenschancen). Somit wird es auch in Zukunft eine sozialarbeiterische Fürsorge und sozialpolitische Interessenvertretung für soziale schwache Menschen geben müssen.

#### **4        Ausblick**

Für die Wohlfahrtsverbände bedeuten die skizzierten Entwicklungen eine wachsende Zuständigkeit und einen gesellschaftlichen Bedeutungszuwachs für die Zukunft. Entgegen der intuitiven Annahme, a) eine Schrumpfung der Bevölkerung und b) eine gesellschaftliche Wohlfandsmehrung geht mit einem Rückzug der Wohlfahrtsverbände einher, erwarten wir eine krasse Zweiteilung der zukünftigen älteren Generation: Die Mehrheit der wohlhabenden, gut gebildeten, gesunden und aktiven Alten sowie die Minderheit der benachteiligten, armen und im Verborgenen lebenden Alten. Damit einhergehend erwarten wir eine klare Lebensstilsegmentierung des Alters. Aus Sicht der Wohlfahrtsverbände wird a) die absolute Zahl armer Menschen im Alter zunehmen, b) die Armutslücke wird zunehmen, c) die gestiegene Lebenserwartung „verschiebt“ Problemlagen in das höhere Alter, d) regionale Disparitäten werden zunehmen und schließlich e) die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Alter wird fraglich.



## **Literatur**

- Bäcker, Gerhard; Bispinck, Reinhard; Hofemann, Klaus & Gerhard Naegele (2010): Sozialpolitik und Soziale Lage in Deutschland. Band 2. Wiesbaden: VS Verlag
- Boeßenecker, Karl-Heinz & Michael Vilain (2013): Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Weinheim: Beltz Juventa
- Evers, Adalbert; Heinze, Rolf G. & Thomas Olk (2010): Handbuch Soziale Dienste. Wiesbaden: VS Verlag
- Stadtmüller, Sven (2014): Demografische Alterung und politische Machtverhältnisse. FZDW-Kurzbericht Nr. 1 sowie No. 664 der Reihe SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research.
- Stadtmüller, Sven; Andreas Klocke & Gero Lipsmeier (2013): Lebensstile im Lebenslauf – Eine Längsschnittanalyse des Freizeitverhaltens verschiedener Geburtskohorten im SOEP. In: Zeitschrift für Soziologie 42 (4), S. 262-290.
- Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.) 2013: Datenreport 2013. Bonn: Eigenverlag